

# Solarpark Auf'm Mühlenberg (Teil 2)

Begründung zum Bebauungsplan in der Ortsgemeinde Sien,  
Verbandsgemeinde Herrstein-Rhaunen

ENTWURF



Quelle: Midjourney / Kernplan

03.03.2026; GENEHMIGUNG



KERN  
PLAN

# Solarpark Auf'm Mühlenberg (Teil 2)

Im Auftrag der:



Ortsgemeinde Sien  
Im Winkel 9  
55758 Sien

## IMPRESSUM

Stand: 03.03.2026; Genehmigung

### Verantwortlich:

Geschäftsführende Gesellschafter  
Dipl.-Ing. Hugo Kern, Raum- und Umweltplaner  
Dipl.-Ing. Sarah End, Stadtplanerin AKS

### Projektleitung

Daniel Steffes, M.A. Geograph

### Hinweis:

Inhalte, Fotos und sonstige Abbildungen sind geistiges Eigentum der Kernplan GmbH oder des Auftraggebers und somit urheberrechtlich geschützt (bei gesondert gekennzeichneten Abbildungen liegen die jeweiligen Bildrechte/Nutzungsrechte beim Auftraggeber oder bei Dritten).

Sämtliche Inhalte dürfen nur mit schriftlicher Zustimmung der Kernplan GmbH bzw. des Auftraggebers (auch auszugsweise) vervielfältigt, verbreitet, weitergegeben oder auf sonstige Art und Weise genutzt werden. Sämtliche Nutzungsrechte verbleiben bei der Kernplan GmbH bzw. beim Auftraggeber.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form verwendet. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform hat nur redaktionelle Gründe und beinhaltet keine Wertung.

Kirchenstraße 12 · 66557 Illingen  
Tel. 0 68 25 - 4 04 10 70  
Fax 0 68 25 - 4 04 10 79  
[www.kernplan.de](http://www.kernplan.de) · [info@kernplan.de](mailto:info@kernplan.de)

K E R N  
P L A N



# INHALT

Vorbemerkungen, Anlass und Ziele der Planung	4
Grundlagen und Rahmenbedingungen	6
Begründungen der Festsetzungen und weitere Planinhalte	14
Auswirkungen des Bebauungsplanes, Abwägung	18

# Vorbemerkungen, Anlass und Ziele der Planung

Die LEG Solarprojekt Rheinland-Pfalz GmbH & Co. KG, welche die Entwicklung und Errichtung von Erneuerbare-Energien-Projekten betreibt, strebt die Errichtung einer kombinierten Agri-Photovoltaik-Freiflächenanlage und Freiflächen-Photovoltaik-Anlage in der Ortsgemeinde Sien der Verbandsgemeinde Herrstein-Rhaunen an.

Das Plangebiet befindet sich nordwestlich des Siedlungskörpers der Ortsgemeinde Sien sowie nördlich der B 270, in den Gemarkungsbereichen „Auf'm Mühlenberg“ und „Im Mühlenberg“, auf einer landwirtschaftlich genutzten Grünlandfläche.

Das Plangebiet ist insgesamt ca. 11,6 ha groß, wobei hiervon ca. 3,1 ha mit einer konventionellen Freiflächen-Photovoltaik-Anlage und ca. 7,6 ha mit einer Agri-Photovoltaik-Freiflächenanlage belegt werden sollen. Der ca. 0,9 ha große Gewässerrandstreifen des Mühlenbachs wird von einer Belegung ausgespart.

Unter Agri-Photovoltaik (Agri-PV) wird die kombinierte Nutzung ein und derselben Landfläche für landwirtschaftliche Produktion als Hauptnutzung und für Stromproduktion mittels einer PV-Anlage als Sekundärnutzung verstanden.

Dass die landwirtschaftliche Nutzung mit der Errichtung und dem Betrieb einer Agri-Photovoltaik-Freiflächenanlage vereinbar ist, ist bereits durch die für beide Nutzungen hohen Ertrags- und Wirkungsgrade belegbar. Der Verlust der landwirtschaftlichen Nutzfläche ist gering, ebenso wie der Ertragsverlust. Zur Sicherstellung dieser Annahmen ist eine Einhaltung der entsprechenden DIN SPEC für Agri-PV vorgesehen.

Die Erschließung des Plangebietes ist über einen von der B 270 abzweigenden Feldwirtschaftsweg gewährleistet, der von Westen an die Fläche heranführt.

Der Solarpark dient der regenerativen Erzeugung von Strom und der gleichzeitigen Reduzierung des Verbrauchs fossiler Energieträger.

Die Bundesregierung verabschiedete mit dem „Osterpaket“ im Frühjahr 2022 die größte energiepolitische Gesetzesnovelle seit Jahrzehnten. Ziel ist der beschleunig-

te und konsequente Ausbau erneuerbarer Energien. Bis 2030 sollen der Anteil erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch auf mindestens 80 Prozent steigen.

In § 2 Satz 1 EEG 2023 wird der Errichtung von Anlagen zur Produktion erneuerbarer Energien, wie folgt Vorrang eingeräumt: „Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden.“

Die vorliegende Planung entspricht somit den energie- und Klimaschutzpolitischen Zielsetzungen und -vorgaben des Bundes, was sich zusätzlich aus § 1a Abs. 5 BauGB ergibt.

Aktuell beurteilt sich die planungsrechtliche Zulässigkeit des Solarparks nach § 35 BauGB (Außenbereich). Danach ist die Planung nicht realisierungsfähig.

Um die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Realisierung Freiflächen-Photovoltaik-Anlage zu schaffen, hat die Ortsgemeinde Sien gemäß § 1 Abs. 3 und § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung des Bebauungsplanes „Auf'm Mühlenberg“ beschlossen.

Für einen südlich angrenzenden und ca. 5,6 ha großen Bereich wurden bereits 2024 mit dem Bebauungsplan „Auf'm Mühlenberg“ die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaik-Anlage geschaffen.

Die genauen Grenzen des Geltungsbereiches sind der Planzeichnung des Bebauungsplanes zu entnehmen. Er umfasst eine Fläche von insgesamt ca. 11,6 ha.

Parallel zum Bebauungsplan ist entsprechend § 2 Abs. 4 BauGB eine Umweltprüfung durchzuführen. Der Umweltbericht ist gesonderter Bestandteil der Begründung.

Mit der Erstellung des Bebauungsplanes und der Durchführung des Verfahrens ist die Kernplan Gesellschaft für Städtebau

und Kommunikation mbH, Kirchenstraße 12, 66557 Illingen, beauftragt worden.

Mit der Erstellung des Umweltberichtes ist die ARK - Umweltplanung und Consulting Partnerschaft, Paul-Marien-Straße 18, 66111 Saarbrücken beauftragt.

## Flächennutzungsplan

Der vorliegende Bebauungsplan widerspricht dem Entwicklungsgebot nach § 8 Abs. 2 BauGB, wonach Bebauungspläne aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln sind.

Gemäß § 8 Abs. 4 S. 2 BauGB kann ein vorzeitiger Bebauungsplan aufgestellt werden, bevor der Flächennutzungsplan ergänzt oder geändert ist, wenn bei Gebiets- oder Bestandsänderungen von Gemeinden oder anderen Veränderungen der Zuständigkeit für die Aufstellung von Flächennutzungsplänen ein Flächennutzungsplan fort gilt.

Im Hinblick auf den Zusammenschluss der beiden Verbandsgemeinden Herrstein und Rhaunen zum 01.01.2020 und dem damit einhergehenden Planungsbedürfnis für einen neuen gemeinsamen Flächennutzungsplan kann der vorliegende Bebauungsplan als vorzeitiger Bebauungsplan gem. § 8 Abs. 4 S. 2 BauGB aufgestellt werden.

Der in Rede stehende Bebauungsplan bedarf jedoch, da er nicht aus dem gültigen Flächennutzungsplan entwickelt ist, gemäß § 10 Abs. 2 BauGB der Genehmigung durch die Kreisverwaltung Birkenfeld als höhere Verwaltungsbehörde (vgl. § 1 Nr. 2 der Landesverordnung über die Zuständigkeiten nach dem Baugesetzbuch - ZuVO nach BauGB -).

## Zielabweichungsverfahren

Aufgrund der Lage innerhalb eines Vorranggebietes für Landwirtschaft hat die LEG Solarprojekt Rheinland-Pfalz GmbH & Co. KG am 27.11.2023 bei der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord in Koblenz den Antrag auf Durchführung eines Zielabweichungsverfahrens (ZAV) eingereicht. Mit Zielabweichungsbescheid vom 16.01.2025 (Az.: 1491 134 05/41) hat die Struktur- und

Genehmigungsdirektion Nord festgestellt, dass für die Planung und Errichtung eines Solarparks „Auf'm Mühlenberg“ die Abweichung von Ziel 83 des RROP RN 214 antragsgemäß zugelassen wird und die Grundzüge des regionalen Raumordnungsplans nicht berührt sind. Eine von dem Vorhaben ausgehende, raumbedeutsame Beeinträchtigung des großräumig ausgewiesenen Vorranggebietes für die Landwirtschaft ist nicht anzunehmen. Mit der gegenständlichen Planung wird die betroffene Zielausweisung in ihrem Wesensgehalt nicht grundsätzlich berührt. Nach Z 83 RROP RN 2014 sind in Vorranggebieten für die Landwirtschaft nur Maßnahmen und Vorhaben zulässig, die auf Dauer mit der landwirtschaftlichen Nutzung vereinbar sind. Die Fläche wird derzeit als Grünland für die Milchviehhaltung genutzt. Während des Betriebszeitraumes der Anlage steht die Fläche auf Grund der überwiegenden Nutzung als Agri-PVA weiterhin einer extensiven landwirtschaftlichen Nutzung zur Verfügung.



# Grundlagen und Rahmenbedingungen

## Lage und Begrenzung des räumlichen Geltungsbereiches

Der Geltungsbereich befindet sich nordwestlich des Siedlungskörpers der Ortsgemeinde Sien sowie nördlich der B 270, in den Gemarkungsbereichen „Auf'm Mühlenberg“ und „Im Mühlenberg“, auf einer landwirtschaftlich genutzten Grünlandfläche.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes wird wie folgt begrenzt:

- im Westen durch einen Bauernhof und daran angrenzende landwirtschaftlich genutzte Flächen.
- im Norden durch landwirtschaftlich genutzte Flächen,
- im Osten durch Waldflächen und die geplante Freiflächen-Photovoltaik-Anlage „Auf'm Mühlenberg“,

- im Süden durch die geplante Freiflächen-Photovoltaik-Anlage „Auf'm Mühlenberg“

Die genauen Grenzen des Geltungsbereiches sind der Planzeichnung des Bebauungsplanes zu entnehmen.

## Nutzung des Plangebietes und Umgebungsnutzung

Das Plangebiet ist von einem Bauernhof, landwirtschaftlich genutzten Flächen und Waldflächen sowie der geplanten Freiflächen-Photovoltaik-Anlage „Auf'm Mühlenberg“ umgeben.

Das Plangebiet stellt sich aktuell als landwirtschaftlich genutzte Grünlandfläche dar.

## Eigentumsverhältnisse

Das Plangebiet befindet sich vollständig im Privateigentum. Die Flächen werden für die Dauer des Betriebs von dem Betreiber des Solarparks gepachtet.

## Topografie des Plangebietes

Der Geltungsbereich weist ein deutliches Gefälle auf. Das Plangebiet fällt von Nordwesten nach Südosten um bis zu ca. 49 m ab. Der nordwestliche Rand des Geltungsbereiches liegt auf einer Höhe von ca. 393 m ü.NN, die südöstliche Ecke des Geltungsbereiches hingegen auf ca. 344 m ü.NN.

Die Topografie wirkt sich trotzdem in keiner Weise auf die Festsetzungen des Bebauungsplanes aus.



Orthophoto mit Lage des Plangebietes (weiße Balkenlinie) und Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Auf'm Mühlenberg“ von 2024 (rote Balkenlinie); ohne Maßstab; Quelle: ©GeoBasis-DE / LVermGeoRP (2024); Bearbeitung: Kernplan



## Verkehrsanbindung

Die Erschließung des Plangebietes ist über einen von der B 270 abzweigenden Feldwirtschaftsweg gewährleistet, der von Westen an die Fläche heranführt.

Für die Errichtung bzw. den Betrieb der Photovoltaikfreiflächenanlage sind lediglich Zuwegungen für die Anlieferung und Wartung der Module notwendig. Darüber hinausgehende verkehrliche Erschließungsmaßnahmen sind nicht erforderlich.

## Infrastruktur

Zur Einspeisung des gewonnenen Stromes in das Stromnetz werden die Module auf dem Feld zu Strängen zusammengeschaltet und durch Kabel in die Wechselrichter geleitet. Die Wechselrichter werden entweder als String-Wechselrichter oder als sog. Zentralwechselrichter in Kompaktstationen inkl. Trafostationen auf der Fläche installiert.

Um den Netzanschlusspunkt zu erreichen, muss eine unterirdische Kabeltrasse verlegt werden.

Außerdem ist es möglich, dass der Solarpark in Zukunft mit einem Stromspeicher kombiniert wird.

Es fällt kein Schmutzwasser innerhalb des Plangebietes an.

Das gesamte Gebiet wird zum Schutz vor Vandalismus und Diebstahl eingezäunt, im Bereich der Zuwegungen sind Tore vorgesehen.

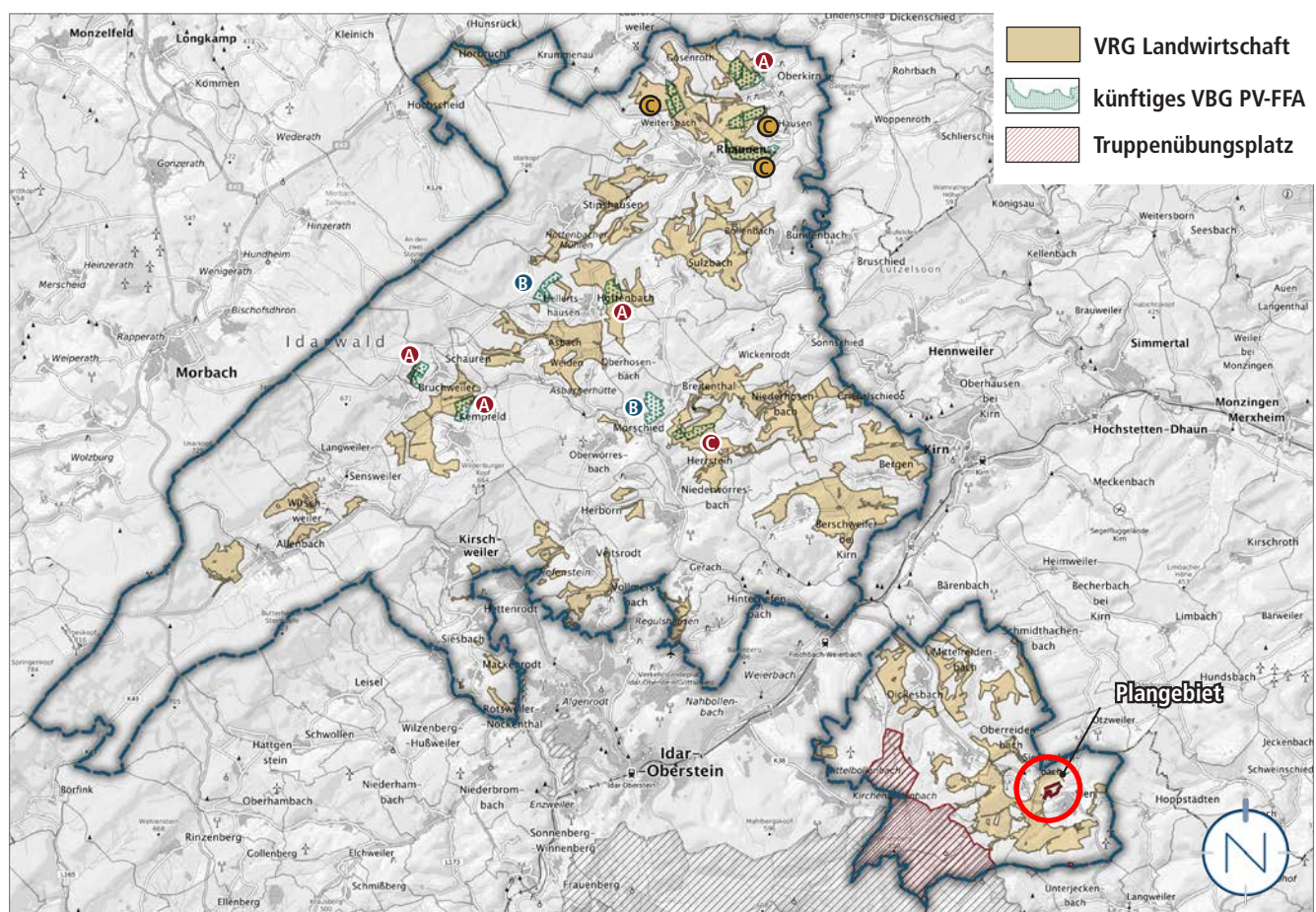
## Berücksichtigung von Standortalternativen

In der Standortsuche wurden vorab EEG-förderfähige Alternativen auf zivilen und militärischen Konversionsflächen gem. Grundgesetz G 166 LEP IV ausgeschlossen. Bislang stehen keine militärischen Konversionsflächen in Herrstein-Rhaunen zur Verfügung, da der „Truppenübungsplatz Baumholder“ auch innerhalb der Verbandsgemeinde Herrstein-Rhaunen noch in Betrieb ist. Zivile Konversionspotenziale mit hinreichender Größe für eine PV-FFA (ca. 0,5 ha) stehen aufgrund des strukturschwachen Charakters der Verbandsgemeinde nicht zur Verfügung.

Zwar sind die künftigen Bestimmungen der dritten Teilfortschreibung des RROP noch nicht abschließend festgelegt, es wurden jedoch künftige Vorbehaltsgebiete für PV-FFA öffentlich ausgelegt. Diese ca. 20 Standorte beginnen ab einer Flächengröße von 20 ha und sollen überschlägig für die hiesige Alternativenprüfung herangezogen werden.

- Standorte Kategorie A: Hohe Einsehbarkeit von umliegenden Siedlungsgebieten, (teilweise) Überlagerung mit Vorranggebiet für Landwirtschaft.
- Standorte Kategorie B: Hohe Einsehbarkeit von umliegenden Siedlungsgebieten.
- Standorte Kategorie C: überwiegende Lage in Vorranggebiet für Landwirtschaft.

Gleichzeitig liegen die künftigen Vorbehaltsgebiete für PV-FFA im Gegensatz zum Standort in Sien alle im Landschaftsschutzgebiet „Hochwald - Idarwald mit Randgebieten“ (LSG-7134-010), was insbesondere die Standorte der Kategorie C (Lage in Vorranggebiet für Landwirtschaft) vom favorisierten Standort in Sien unterscheidet.



Vorranggebiete für Landwirtschaft und künftige Vorbehaltsgebiete für PV-FFA (3. Teilfortschreibung des RROP) in der Verbandsgemeinde Herrstein-Rhaunen; ohne Maßstab; Quelle Hintergrund: © Bundesamt für Kartographie und Geodäsie 2023, Datenquellen: [https://sgx.geodatenzentrum.de/web\\_public/Datenquellen\\_TopPlus\\_Open.pdf](https://sgx.geodatenzentrum.de/web_public/Datenquellen_TopPlus_Open.pdf), Bearbeitung Kernplan; Bearbeitung: Kernplan

In Verbindung mit der geringeren Fernwirkung und Flächengröße (ca. 11,6 ha) und ohne Einwirkung auf ein Landschaftsschutzgebiet stellt sich der gewählte Standort als verträglicher heraus.

In der Planung für die Nutzung der 11,6 Hektar großen Fläche nahe der Hofstelle wird ein ausgewogener Ansatz verfolgt, der nach eingehender Variantenprüfung sowohl landwirtschaftliche als auch erneuerbare Energieinteressen berücksichtigt. Besonders hervorzuheben ist dabei die geplante Errichtung einer Agri-Photovoltaik-Freiflächenanlage auf 70% des Geländes, um diesen Teilbereich doppelt nutzbar zu machen. Dieser Technologie-Ansatz ermöglicht es, das Grünland weiterhin effektiv landwirtschaftlich zu nutzen, und entspricht den Anforderungen der DIN SPEC 91434, welche insbesondere Einbußen des landwirtschaftlichen Ertrags auf maximal 15% beschränkt. Die Nutzung als Agri-PV ist mit dem landwirtschaftlichen Vorranggebiet vereinbar, da sie die bisherige landwirtschaftliche Nutzung nicht wesentlich beeinträchtigt.

Der südöstliche Abschnitt von etwa 3,1 Hektar weist niedrige Bodenwertzahlen auf, was auf eine eingeschränkte landwirtschaftliche Nutzbarkeit hinweist. Diese Einschränkung ergibt sich vor allem aus der Hanglage und den Bodenbedingungen, die den landwirtschaftlichen Ertrag und die Wirtschaftbarkeit mindern. Gleichzeitig bietet diese spezifische Fläche aufgrund ihrer Ausrichtung und Exposition ein besonders hohes Potenzial für Photovoltaik-Erträge. Diese Kombination von Faktoren – reduzierte landwirtschaftliche Eignung einerseits und hohes Solarenergiepotenzial andererseits – gebieten vernünftigerweise an dieser Stelle die Errichtung einer konventionellen PV-Anlage. Im Vergleich zu einer Agri-PV-Anlage, die eine Kombination aus landwirtschaftlicher Nutzung und Energiegewinnung darstellt, ist in diesem Fall die konventionelle PV-Anlage vorteilhafter, da die landwirtschaftliche Produktivität der Fläche ohnehin begrenzt ist. Zudem ermöglicht die konventionelle PV-Installation auf dieser speziellen Fläche eine effizientere Nutzung für die Energiegewinnung, während gleichzeitig die Möglichkeit bestehen bleibt, die Fläche – wenn auch in begrenztem Umfang – für die extensive Gewinnung von Futterpflanzen für die Milchviehhaltung zu nutzen. Dies schafft einen Ausgleich zwischen der Maximierung der Energieerzeugung und der Möglichkeit, auf dieser Fläche extensiv Futterpflanzen für die Milchviehhaltung zu gewinnen.

Zudem bleibt zu betonen, dass die gesamte Fläche von 11,6 Hektar seit Jahrzehnten ausschließlich für die Milchviehhaltung genutzt wird, Ackerbau ist nicht wirtschaftlich darstellbar. Dies unterstreicht die Synergien der Integration der Agri-PV-Technologie, die eine konfliktfreie Fortführung der bestehenden landwirtschaftlichen Nutzung ermöglicht und gleichzeitig erneuerbare Energien fördert. Insgesamt stellt das vorgeschlagene Konzept somit eine ausgewogene Lösung dar, die sowohl den landwirtschaftlichen Anforderungen als auch den Zielen der nachhaltigen Energiegewinnung gerecht wird.

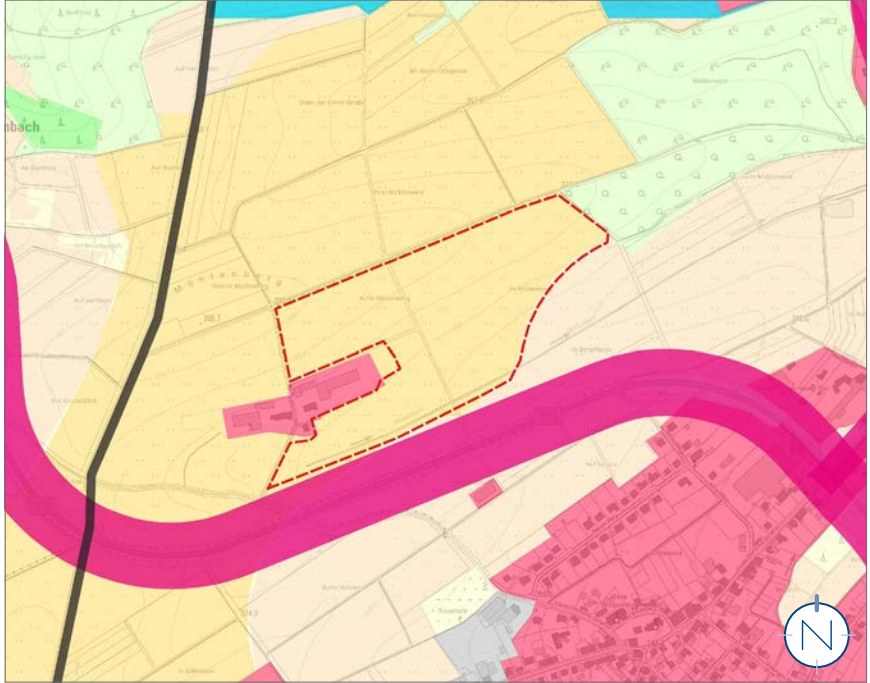
Darüber hinaus soll die vorliegende Planung die südlich angrenzend geplante und 5,6 ha große Freiflächen-Photovoltaik-Anlage „Auf'm Mühlenberg“ ergänzen, um die zu errichtende Infrastruktur und Verkabelung besser auszulasten, sowie dadurch die Kosten für den Netzanschluss, die Installation und Wartung zu senken.

Aufgrund des überragenden öffentlichen Interesses, sowie der Bedeutung für die öffentliche Sicherheit kommt erneuerbaren Energien in der Schutzgüterabwägung gem. § 2 EEG 2023 eine Vorrangstellung zu. Diese Bedeutung verdrängt das Gewicht potenziell raumordnerisch besser geeigneter, jedoch eigentumsrechtlich oder technisch nicht realisierbarer Standorte.

Weitere Standortalternativen ergaben sich aufgrund harter Kriterien, wie z.B. die Lage in naturschutz- bzw. wasserhaushaltsrechtlichen Schutzgebieten, der Flächenverfügbarkeit und der Erschließung zur Installation und für Wartungszwecke nicht. Zuletzt wurden stark einsehbare Standorte ausgeschlossen.



Kriterium	Beschreibung
<b>Landesentwicklungsplan LEP IV, Regionaler Raumordnungsplan Rheinhessen-Nahe (Gesamtfortschreibung 2014 (genehmigt am 21. Oktober 2015), Teilfortschreibung (genehmigt am 4. Mai 2016)) und 2. Teilfortschreibung (verbindlich seit 19. April 2022))</b>	
zentralörtliche Funktion	Ortsgemeinde ohne Gemeindefunktion
Ziele und Grundsätze gem. 4. Teilfortschreibung LEP IV vom 17. Januar 2023	<p>G 161</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>„Die Nutzung erneuerbarer Energieträger soll an geeigneten Standorten ermöglicht und im Sinne der europäischen, bundes- und landesweiten Zielvorgaben ausgebaut werden. Die Träger der Regionalplanung sollen im Rahmen ihrer Moderations-, Koordinations- und Entwicklungsfunktion darauf hinwirken, dass unter Berücksichtigung der regionalen Besonderheiten die Voraussetzungen für den weiteren Ausbau von erneuerbaren Energien geschaffen werden.“</li> </ul> <p>Begründung/Erläuterung zu G 161</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>„Die Lösung raumordnerischer Konflikte in Bezug auf die Umsetzung energiepolitischer Vorgaben ist eine wichtige Aufgabe der Regionalplanung. Auftretende Nutzungskonflikte zum Beispiel zwischen der Sicherung des Freiraums und der Nutzung freiraumaffiner energetischer Potenziale sind hier zu lösen. Aufgrund der mit der Nutzung erneuerbarer Energien verbundenen Eingriffe sind beispielsweise die Belange des Arten- und Biotopschutzes, der Schutz des Landschaftsbildes oder die Belange von Erholung und Fremdenverkehr mit den Anforderungen an Klima- und Ressourcenschutz oder der Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe in Einklang zu bringen.“</li> </ul> <p>G 166</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>„Freiflächen-Photovoltaikanlagen sollen insbesondere auch entlang von linienförmigen Infrastrukturtrassen errichtet werden. Bei der Berücksichtigung von ertragschwachen landwirtschaftlichen Flächen soll die jeweilige regionaltypische Ertragsmesszahl zu Grunde gelegt werden.“</li> </ul> <p>Begründung/Erläuterung zu G 166</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>„Auch bei der Errichtung von selbstständigen Photovoltaikanlagen soll dem Gedanken des sparsamen Umgangs mit Grund und Boden sowie der Berücksichtigung von Schutzaspekten Rechnung getragen werden. Daher kommen insoweit insbesondere zivile und militärische Konversionsflächen sowie ertragsschwache, artenarme oder vorbelastete Ackerflächen, Grünlandflächen als Standorte in Betracht. Durch naturverträgliche und biodiversitätsfreundliche Ausgestaltung der Freiflächen-Photovoltaikanlagen, die nur eine geringe oder gar keine Eingriffskompensation erforderlich macht, kann dem Gedanken des Flächensparens ebenfalls Rechnung getragen werden. Auch die Nutzung von Deponieflächen kann in Frage kommen.“</li> <li>Hinweise zu artenarmen Acker- und Grünlandbiotopen lassen sich aus der Kartieranleitung der Biotoptypen in Rheinland-Pfalz ableiten, die im Landschaftsinformationssystem der Naturschutzverwaltung Rheinland-Pfalz (LANIS) unter „Fachinformationen Biotope“ zu finden ist. Gesetzlich geschützte Grünlandbiotope sind stets artenreich und zählen daher nicht zu den artenarmen Biotoptypen. Hinweise zur Ertragschwäche lassen sich z. B. auch aus der Bodenwertzahl ableiten, die jedoch regional zu differenzieren ist. Als Kenngröße ist hierzu die Ertragsmesszahl (EMZ) gemäß § 9 des Bodenschätzungsgesetzes vom 20. Dezember 2007 (BGBl. I S. 3150; 3176), zuletzt geändert durch Artikel 15 des Gesetzes vom 26. November 2019 (BGBl. I S. 1794), heranzuziehen. Die landesweite durchschnittliche EMZ liegt bei ca. 35. Entsprechend kann landesweit davon ausgegangen werden, dass Flächen mit einer EMZ kleiner als 35 tendenziell ertragsschwächer sind. Im Speziellen können auf Ebene der zuständigen kommunalen Verwaltungseinheiten die lokal typischen durchschnittlichen EMZ abweichen. In diesen Fällen sollen die jeweils zuständigen Träger der Bauleitplanung die lokal typischen durchschnittlichen EMZ zur angemessenen Berücksichtigung der wirtschaftlichen Entwicklung landwirtschaftlicher Betriebe ihrer</li> </ul>

Kriterium	Beschreibung
	<p>Abwägung zugrunde legen.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Großflächige Photovoltaikanlagen, die im Außenbereich als selbstständige Anlagen errichtet werden sollen, sind nach dem geltenden Baugesetzbuch grundsätzlich nur im Rahmen der gemeindlichen Bauleitplanung zulässig.“</li> </ul>
<p>Ziele und Grundsätze gem. 2. Teilfortschreibung RROP Rheinhessen-Nahe vom 19. April 2022</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Vorranggebiet für die Landwirtschaft (Z)</li> </ul>  <p>Z 83:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• „In Vorranggebieten für die Landwirtschaft hat die nachhaltige landwirtschaftliche Bodennutzung Vorrang vor konkurrierenden raumbedeutsamen Nutzungsansprüchen. Es sind dort nur Maßnahmen und Vorhaben zulässig, die auf Dauer mit der landwirtschaftlichen Nutzung vereinbar sind.“</li> </ul> <p>Mit Zielabweichungsbescheid vom 16.01.2025 (Az.: 1491 134 05/41) hat die Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord festgestellt, dass für die Planung und Errichtung eines Solarparks „Auf'm Mühlenberg“ die Abweichung von Ziel 83 des RROP RN 214 antragsgemäß zugelassen wird und die Grundzüge des regionalen Raumordnungsplans nicht berührt sind. Eine von dem Vorhaben ausgehende, raumbedeutsame Beeinträchtigung des großräumig ausgewiesenen Vorranggebietes für die Landwirtschaft ist nicht anzunehmen. Mit der gegenständlichen Planung wird die betroffene Zielausweisung in ihrem Wesensgehalt nicht grundsätzlich berührt. Nach Z 83 RROP RN 2014 sind in Vorranggebieten für die Landwirtschaft nur Maßnahmen und Vorhaben zulässig, die auf Dauer mit der landwirtschaftlichen Nutzung vereinbar sind. Die Fläche wird derzeit als Grünland für die Milchviehhaltung genutzt. Während des Betriebszeitraumes der Anlage steht die Fläche auf Grund der überwiegenden Nutzung als Agri-PVA weiterhin einer extensiven landwirtschaftlichen Nutzung zur Verfügung.</p>
<p><b>Landschaftsprogramm</b></p>	<p>Gemäß Themenkarte „Landschaftstypen“ des Landschaftsprogramms zum LEP IV befindet sich der Untersuchungsbereich innerhalb einer Waldbetonten Mosaiklandschaft (Grundtyp).</p> <p>Das Untersuchungsgebiet gehört innerhalb der naturräumlichen Einheit zum Landschaftsraum „Saar-Nahe-Bergland“ (19), genauer zu den „Sien-Lauschieder Höhenrücken“ (193.11 ).</p>

Kriterium	Beschreibung
<b>Übergeordnete naturschutzrechtliche Belange</b>	
Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung	<ul style="list-style-type: none"> <li>Der Geltungsbereich befindet sich nicht innerhalb eines Natura 2000- oder Naturschutz-Gebietes.</li> </ul>
Sonstige Schutzgebiete: Naturschutz-, Landschaftsschutz, Wasserschutz-, Überschwemmungsgebiete, Geschützte Landschaftsbestandteile, Nationalparks, Naturpark, Biosphärenreservate	Innerhalb oder im näheren Umfeld des räumlichen Geltungsbereiches befinden sich keine Schutzgebiete.
Kulturdenkmäler nach § 8 DSchG Rheinland-Pfalz	<ul style="list-style-type: none"> <li>In der Fundstellenkartierung der Direktion Landesarchäologie sind im südlich gelegenen Umfeld des Geltungsbereiches mehrere Fundstellen verzeichnet. Bei den Fundstellen Sien 9 und 11 (GDKE interne Bezeichnung) wurden römische Siedlungs- und Grabbefunde festgestellt. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich die Fundstellen bis in den Geltungsbereich erstrecken. Die Landesarchäologie Trier ordnet die Geltungsfläche deshalb als archäologische Verdachtsfläche ein.</li> </ul>
<b>Allgemeiner Artenschutz</b>	
Allgemeiner Schutz wild lebender Tiere und Pflanzen	Da von dem Planvorhaben keine Bäume und Gehölzbestände betroffen sind, sind keine speziellen Rodungszeiten vorzugeben, die zum allgemeinen Schutz wild lebender Pflanzen und Tiere gemäß § 39 BNatSchG notwendig wären.
<b>Hochwasserschutz / Starkregenvorsorge</b>	
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Gemäß den Sturzflutgefahrenkarten des Landes Rheinland-Pfalz ist das Plangebiet im Falle eines Starkregenereignisses gefährdet. Annahme für diese Aussage ist ein außergewöhnliches Starkregenereignis mit einer Regendauer von einer Stunde (SRI 7). In Rheinland-Pfalz entspricht dies einer Regenmenge von ca. 40 – 47 mm (bzw. l/ m²) in einer Stunde. Im Falle eines solchen Ereignisses werden für Teile des Plangebietes Wassertiefen zwischen 5 und &lt; 100 cm mit einer Fließgeschwindigkeit zwischen 0,2 und &lt; 2,0 m/s (kleinräumig ≥ 2,0 m/s) erreicht. Die maximalen Wassertiefen und Fließgeschwindigkeiten stellen sich insbesondere entlang des Mühlenbachs ein. Höhere Wassertiefen sowie eine Ausdehnung der Überflutungsflächen sind bei intensiveren Starkniederschlägen möglich. Die Sturzflutgefahrenkarte sowie detaillierte Erläuterungen zu den darin enthaltenen Informationen (Wassertiefen, Fließgeschwindigkeiten und Fließrichtungen) können Sie unter folgendem Link abrufen: <a href="https://wasserportal.rlp-umwelt.de/servlet/is/10360/">https://wasserportal.rlp-umwelt.de/servlet/is/10360/</a></li> <li>Die Gefährdungen durch Starkregen sollten in der Bauleitplanung berücksichtigt werden. Die Errichtung der Photovoltaikanlagen und den dazugehörigen Bauwerken sollte in einer an mögliche Überflutungen angepassten Bauweise erfolgen und darf sich nicht negativ auf die Abflusskonzentration bei Starkregen auswirken. Abflussrinnen (insbesondere im Bereich des Mühlenbachs) sollten von Bebauung freigehalten werden und geeignete Maßnahmen (wie z.B. Notwasserwege) ergriffen werden, sodass ein möglichst schadloser Abfluss des Wassers durch die Bebauung gewährleistet werden kann. Gemäß § 5 Abs. 2 WHG ist jede Person im Rahmen des Möglichen und Zumutbaren verpflichtet, Vorsorgemaßnahmen zum Schutz vor nachteiligen Hochwasserfolgen und zur Schadensminderung zu treffen.</li> </ul>



Kriterium	Beschreibung
	<div data-bbox="628 219 1445 1010"> <p>Wassertiefen (SR17, 1 Std.)</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>&lt; 5 cm</li> <li>5 bis &lt; 10 cm</li> <li>10 bis &lt; 30 cm</li> <li>30 bis &lt; 50 cm</li> <li>50 bis &lt; 100 cm</li> <li>100 bis &lt; 200 cm</li> <li>200 bis &lt; 400 cm</li> <li>&gt;= 400 cm</li> </ul> </div> <p>Quelle: Sturzflutgefahrenkarte Rheinland-Pfalz; <a href="https://wasserportal.rlp-umwelt.de/servlet/is/10360/">https://wasserportal.rlp-umwelt.de/servlet/is/10360/</a></p> <div data-bbox="628 1111 1445 1904"> <p>Fließgeschwindigkeit (SR17, 1 Std.)</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>keine Daten</li> <li>0 bis &lt; 0,2 m/s</li> <li>0,2 bis &lt; 0,5 m/s</li> <li>0,5 bis &lt; 1,0 m/s</li> <li>1,0 bis &lt; 2,0 m/s</li> <li>&gt;= 2,0 m/s</li> </ul> </div> <p>Quelle: Sturzflutgefahrenkarte Rheinland-Pfalz; <a href="https://wasserportal.rlp-umwelt.de/servlet/is/10360/">https://wasserportal.rlp-umwelt.de/servlet/is/10360/</a></p>

Kriterium	Beschreibung
<b>Geltendes Planungsrecht</b>	
Flächennutzungsplan	<p>Der vorliegende Bebauungsplan widerspricht dem Entwicklungsgebot nach § 8 Abs. 2 BauGB, wonach Bebauungspläne aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln sind.</p> <p>Im Hinblick auf den Zusammenschluss der beiden Verbandsgemeinden Herrstein und Rhaunen zum 01.01.2020 und dem damit einhergehenden Planungsbedürfnis für einen neuen gemeinsamen Flächennutzungsplan kann der vorliegende Bebauungsplan als vorzeitiger Bebauungsplan gem. § 8 Abs. 4 S. 2 BauGB aufgestellt werden.</p> <p>Der in Rede stehende Bebauungsplan bedarf jedoch, da er nicht aus dem gültigen Flächennutzungsplan entwickelt ist, gemäß § 10 Abs. 2 BauGB der Genehmigung durch die Kreisverwaltung Birkenfeld als höhere Verwaltungsbehörde (vgl. § 1 Nr. 2 der Landesverordnung über die Zuständigkeiten nach dem Baugesetzbuch - ZuVO nach BauGB -).</p>

# Begründungen der Festsetzungen und weitere Planinhalte

## Art der baulichen Nutzung

Sonstige Sondergebiete „Agri-Photovoltaik-Freiflächenanlage“ (SO<sub>AGRI-PV</sub>)

Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 11 Abs. 2 BauNVO

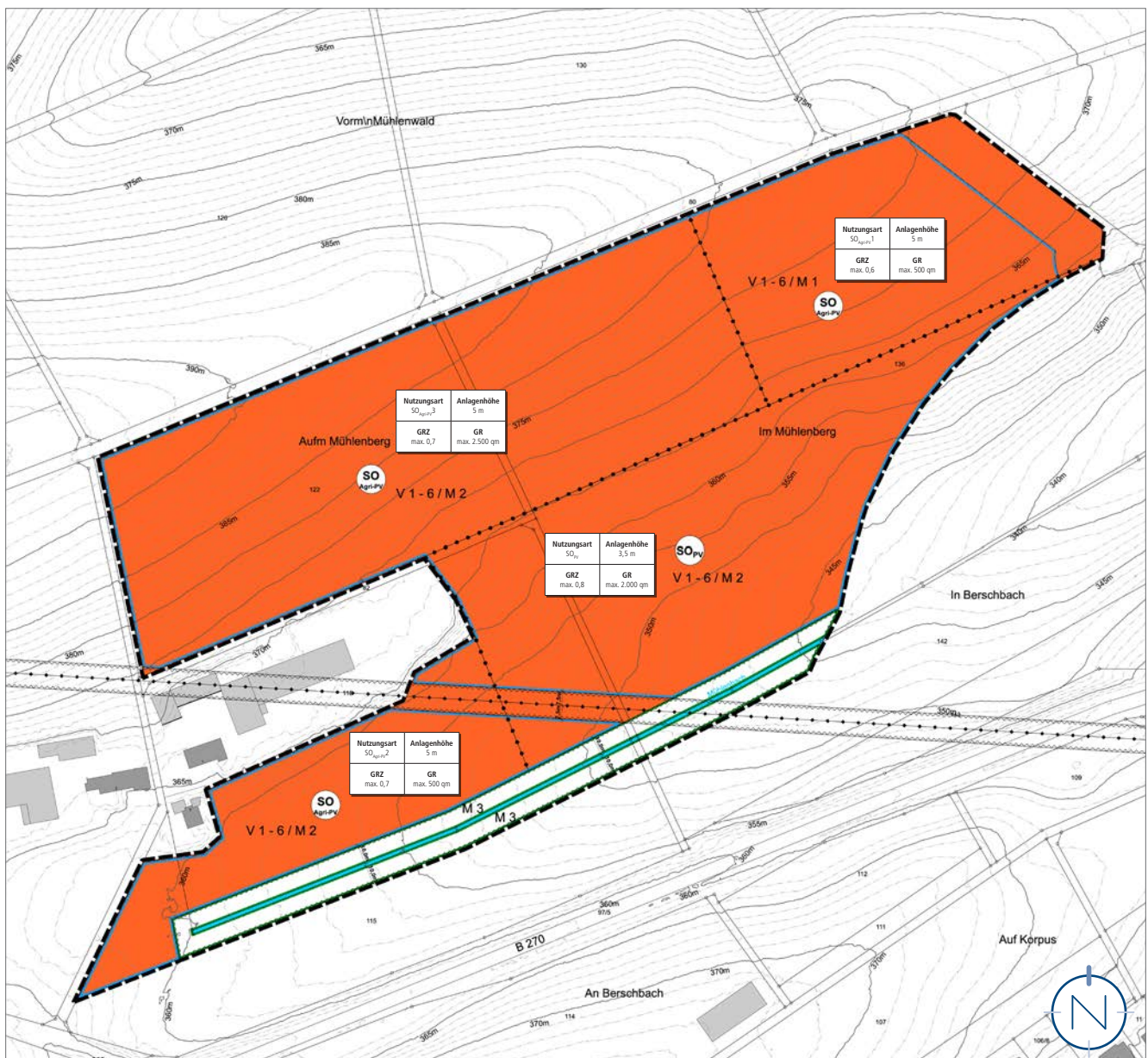
Gemäß § 11 Abs. 1 BauNVO ist ein solches Gebiet als Sonstiges Sondergebiet festzusetzen, das sich von den Baugebieten nach den §§ 2 bis 10 BauNVO wesentlich unterscheidet. Gemäß Abs. 2 ist deren Zweck-

bestimmung und die Art der Nutzung festzusetzen.

Drei insgesamt ca. 7,6 ha große Teilbereiche des Plangebietes sollen, wie bisher, in erster Linie landwirtschaftlich genutzt werden. Ziel der vorliegenden Planung ist in diesen Teilbereichen die Nebennutzung mit einer Agri-Photovoltaik-Freiflächenanlage planungsrechtlich vorzubereiten. Deshalb sind Nebennutzungen in Form von Anlagen zur Erzeugung und Speicherung von Strom aus solarer Strahlungsenergie (Agri-Photovoltaik-Freiflächenanlage) zulässig.

Um auch künftig eine landwirtschaftliche Nutzbarkeit sicherzustellen wird der Nutzungskatalog auf eine Agri-Photovoltaik-Freiflächenanlage beschränkt, die den Anforderungen der entsprechenden DIN SPEC entspricht.

Die Ausrichtung und Abstände zwischen den Modulreihen sind nicht in der DIN SPEC festgelegt. Diese müssen allerdings entsprechend der Lichtverfügbarkeit und -homogenität geplant und ausgerichtet werden. Die Abstände sollen so gewählt werden, dass der technoökologische Synergieeffekt durch Beschattung und die Lichthomogeni-



Ausschnitt der Planzeichnung des Bebauungsplanes; ohne Maßstab; Quelle: Kernplan



tät möglichst hoch ist und negative Auswirkungen auf das Pflanzenwachstum vermieden werden.

Weiterhin wurde die Zulässigkeit von Anlagen festgesetzt, die erforderlich sind, um die angestrebte Nebennutzung zu realisieren.

Zudem sind Anlagen zur Speicherung elektrischer Energie (Batteriespeicher) zulässig.

Zur internen Erschließung der Sonstigen Sondergebiete „Agri-Photovoltaik-Freiflächenanlage“ sind Zuwegungen zulässig.

Es ist davon auszugehen, dass das im Plangebiet anfallende Regenwasser - wie bisher - vor Ort versickern wird. Zur Ableitung von nicht versickertem Regenwasser sind im Bedarfsfall entsprechende Einrichtungen zur Entwässerung (z.B. Entwässerungsrinnen, -becken und -mulden) samt erforderlichem Zubehör zulässig.

Die Errichtung von Zäunen und Überwachungskameras dient dem Schutz der Anlage vor Vandalismus und Diebstahl.

### Sonstiges Sondergebiet „Photovoltaik“ (SO<sub>PV</sub>)

Gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 11 Abs. 2 BauNVO

Ziel der vorliegenden Planung ist, die Nutzung eines ca. 3,1 ha großen Teilbereichs des Plangebietes mit einer Freiflächen-Photovoltaik-Anlage planungsrechtlich vorzubereiten.

Deshalb sind innerhalb des Sonstigen Sondergebietes „Photovoltaik“ (SO<sub>PV</sub>) Anlagen zur Erzeugung und Speicherung von Strom aus solarer Strahlungsenergie, einschließlich deren Nebenanlagen, zulässig.

Weiterhin wurde die Zulässigkeit von Anlagen festgesetzt, die erforderlich sind, um die angestrebte Hauptnutzung zu realisieren.

Zudem sind untergeordnete Anlagen zur Speicherung elektrischer Energie (Batteriespeicher) zulässig.

Zur internen Erschließung des Sonstigen Sondergebietes „Photovoltaik“ sind Zuwegungen zulässig.

Es ist davon auszugehen, dass das im Plangebiet anfallende Regenwasser - wie bisher - vor Ort versickern wird. Zur Ableitung von nicht versickertem Regenwasser

sind im Bedarfsfall entsprechende Einrichtungen zur Entwässerung (z.B. Entwässerungsrinnen, -becken und -mulden) samt erforderlichem Zubehör zulässig.

Die Errichtung von Zäunen und Überwachungskameras dient dem Schutz der Anlage vor Vandalismus und Diebstahl.

### Bedingte Zulässigkeiten

Gem. § 9 Abs. 2 BauGB

Innerhalb des Plangebietes werden Bodendenkmäler vermutet. Durch die Festsetzung einer auflösend bedingten Zulässigkeit wird sichergestellt, dass die baulichen Anlagen des Solarparks erst nach Vorlage einer denkmalschutzbehördlichen Erlaubnis und/oder baubegleitender fachgerechter Bergung und Dokumentation errichtet werden dürfen.

Die Festsetzung der bedingten Zulässigkeit im dient der Sicherstellung, dass die in den Sonstigen Sondergebieten „Agri-Photovoltaik-Freiflächenanlage“ 1-3 (SO<sub>AGRI-PV</sub> 1-3) vorgesehene Nutzung tatsächlich als Agri-Photovoltaik und damit als mit der landwirtschaftlichen Nutzung vereinbare Doppelnutzung umgesetzt wird.

Durch die Verknüpfung der Errichtung/Inbetriebnahme mit dem vorherigen Vorliegen eines landwirtschaftlichen Nutzungskonzepts gemäß DIN SPEC 91434 (jeweils gültige Fassung) wird gewährleistet, dass die landwirtschaftliche Bewirtschaftung des jeweiligen Agri-PV-Teilbereichs fachlich nachvollziehbar geplant, flächenbezogen gesichert und mit der technischen Anlagenkonzeption abgestimmt ist.

Die Festsetzung verhindert damit eine rein photovoltaische Nutzung ohne hinreichenden Nachweis der agrarischen Mitnutzung und dient der Vollzugssicherheit, der Wahrung des Gebietscharakters sowie der Umsetzung des planerischen Leitbilds der Agri-PV-Nutzung.

### Maß der baulichen Nutzung

Gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. §§ 16 - 21a BauNVO

#### Höhe baulicher Anlagen

Gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 18 BauNVO

Die Festsetzung der maximalen Höhen baulicher Anlagen dient der Verhinderung einer Höhenentwicklung über das unbedingt nötige Maß hinaus und sorgt somit für ein möglichst harmonisches Einfügen in das Landschaftsbild. Innerhalb der zulässigen Höhen können alle technischen Möglichkeiten für eine möglichst optimierte Photovoltaiknutzung ergriffen werden.

Die natürliche Geländeoberkante, als unterer Bezugspunkt, wird in der Planzeichnung durch Höhenlinien dargestellt. Zwischenwerte sind zu interpolieren.

### Grundflächenzahl und maximal versiegelbare Grundfläche

Gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 19 BauNVO

Die Grundflächenzahl nach § 19 Abs. 1 BauNVO ist eine Verhältniszahl, die angibt, wie viel Quadratmeter überbaute Grundfläche je Quadratmeter Grundstücksfläche zulässig ist.

Im Sonstigen Sondergebiet „Agri-Photovoltaik-Freiflächenanlage“ 1 (SO<sub>AGRI-PV</sub> 1) ist eine Grundflächenzahl von 0,6, in den Sonstigen Sondergebieten „Agri-Photovoltaik-Freiflächenanlage“ 2-3 (SO<sub>AGRI-PV</sub> 2-3) eine Grundflächenzahl von 0,7 und im Sonstigen Sondergebiet „Photovoltaik“ (SO<sub>PV</sub>) eine Grundflächenzahl von 0,8 für die projizierte überbaubare Fläche erforderlich, um die Belegungsdichte der Modultische zu regeln.

Im Unterschied zu sonstigen baulichen Anlagen bringen Photovoltaikanlagen in aufgeständerter Bauweise einen sehr geringen Versiegelungsgrad mit sich. Der tatsächliche Versiegelungsgrad wird durch die Verankerung der Unterkonstruktion für die Photovoltaikmodultische im Boden sowie durch die Flächen von Wechselrichtern, Trafogebäuden, Batteriespeicher und parkinternen Zuwegungen hervorgerufen.

Deshalb wird festgesetzt, dass die Bodenversiegelung (Fundamente / Rammpfosten der Untergestelle, Wechselrichter, Transformatoren, Batteriespeicher, Übergabestation und Zaunpfosten) maximal 500 m<sup>2</sup> in den Sonstigen Sondergebieten „Agri-Photovoltaik-Freiflächenanlage“ 1 und 2 (SO<sub>AGRI-PV</sub> 1-2) und maximal 2.500 m<sup>2</sup> im Sonstigen Sondergebiet „Agri-Photovoltaik-Freiflächenanlage“ 3 (SO<sub>AGRI-PV</sub> 3) sowie maximal 2.000 m<sup>2</sup> im Sonstigen Sondergebiet „Photovoltaik“ (SO<sub>PV</sub>) erreichen darf. Diese

Flächenangaben sind auch Grundlage der Eingriffs-/ Ausgleichsbilanzierung.

## Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen

Gem. § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i.V.m. § 23 BauNVO

Die Festsetzung der Baugrenzen erlaubt die Errichtung der Agri-Photovoltaik-Freiflächenanlage / Freiflächen-Photovoltaik-Anlage an den vorgesehenen Stellen. Die Baufenster sind ausreichend groß dimensioniert, um alle zur Errichtung und zum Betrieb der Agri-Photovoltaik-Freiflächenanlage / Freiflächen-Photovoltaik-Anlage notwendigen Nebenanlagen und Funktionen anzulegen. Somit ist eine maximale Ausnutzung der Flächen im Plangebiet möglich.

Aus Erschließungsgründen, einerseits während der Bauzeit aber auch während des Betriebes der Anlage, können Zuwegungen innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen angelegt werden, um einen geregelten Betriebsablauf inklusive Wartung und Pflege der Agri-Photovoltaik-Freiflächenanlage / Freiflächen-Photovoltaik-Anlage zu gewährleisten.

Zur Ableitung von nicht versickertem Niederschlagswasser können entsprechende Einrichtungen zur Entwässerung samt erforderlichem Zubehör gebaut werden.

## Flächen, die von der Bebauung freizuhalten bzw. nur eingeschränkt bebaubar ist, hier: Schutzstreifen Mühlenbach; Schutzstreifen 20-kV-Freileitung OIE AG

Gem. § 9 Abs. 1 Nr. 10 und Abs. 6 BauGB

Zum Schutz des durch das Plangebiet verlaufenden Mühlenbaches wird eine entsprechend gekennzeichnete Fläche festgesetzt, die von jeglicher Bebauung freizuhalten ist bzw. nur in Abstimmung mit der zuständigen Fachbehörde bebaut werden darf.

Die wasserrechtlichen Ge- und Verbote (v. a. § 36 WHG i. V. m. § 31 LWG) sowie die Bewirtschaftungsziele für Gewässer sind zu beachten.

Gem. § 31 LWG Rheinland-Pfalz bedürfen die Errichtung, der Betrieb und die wesentliche Veränderung von Anlagen im Sinne des § 36 WHG, die weniger als 10 m von der

Uferlinie eines Gewässers dritter Ordnung entfernt sind der Genehmigung.

Zu genehmigungspflichtigen Anlagen gehören auch Veränderungen der Bodenoberfläche.

Analog mit den Schutzstreifen entlang der Versorgungsleitung wird ein Bereich definiert, der mit Leitungsrechten zugunsten der OIE AG zu belasten ist.

Die Belastung von Teilen des Plangebietes mit Leitungsrechten dient zum einen dazu, dem Versorgungsträger die Zugänglichkeit der Grundstücke zu Wartungs-/Instandhaltungszwecken zu gewährleisten und zum anderen zum Schutz der Versorgungsleitung. Vor der Bebauung dieser Fläche müssen die erforderlichen Einweisungen und Bauanträge rechtzeitig mit der OIE AG abgestimmt werden.

## Oberirdische Versorgungsleitung, hier: 20-kV-Freileitung OIE AG

Gem. § 9 Abs. 1 Nr. 13 BauGB

Durch das Plangebiet verläuft eine 20-kV-Freileitung der OIE AG. Da durch die Leitung selbst und den zugehörigen Schutzstreifen Flächen des Sondergebietes in Anspruch genommen werden, wird der Verlauf der Leitung im Bereich dieser Nutzung in den Bebauungsplan übernommen. Vor der Bebauung dieser Fläche müssen die erforderlichen Einweisungen rechtzeitig mit der OIE AG abgestimmt werden.

## Wasserfläche, hier: Mühlenbach

Gem. § 9 Abs. 1 Nr. 16 BauGB

Der Verlauf des Mühlenbaches wird nachrichtlich in den Bebauungsplan aufgenommen und als Wasserfläche; hier: Mühlenbach festgesetzt. Damit wird der Verlauf des Mühlenbaches planungsrechtlich gesichert.

## Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur, Boden und Landschaft

Gem. § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB

Die festgesetzten Maßnahmen dienen der Minimierung der Umweltwirkungen im Allgemeinen und der Vermeidung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 BNatSchG. Darüber hinaus sollen die

Festsetzungen dazu beitragen, die Beeinträchtigungen der durch das Planvorhaben induzierten Eingriffe zu mindern und so weit wie möglich auszugleichen.

Zum Ausgleich des Eingriffs in Natur und Landschaft sind die Flächen in den Sonstigen Sondergebieten „Agri-Photovoltaik-Freiflächenanlage“ und „Photovoltaik“ durch naturnahe Grünlandesaat und extensive Bewirtschaftung als Grünland zu entwickeln und durch Mahd (1 bis 2-malige Mahd pro Jahr) zu pflegen. Der Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln ist unzulässig.

Innerhalb des Sonstigen Sondergebietes „Agri-Photovoltaik-Freiflächenanlage“ 1 (SO<sub>AGRI-PV</sub> 1) ist die Zielnutzung auf den Rotmilan und dessen weitere Nahrungsraumnutzbarkeit abgestellt. Der Bebauungsplan setzt daher hier Reihenabstände von mindestens 6 m ab Modultischkante fest, so dass nach der gängigen Behördenansicht und gem. den aktuellen Erkenntnissen eine weitere Nahrungsraumnutzung möglich ist.

Die einzelnen Maßnahmen sind den textlichen Festsetzungen des Bebauungsplanes und den Erläuterungen des Umweltberichtes zu entnehmen

## Rückbauverpflichtung und Folgenutzung

Gem. § 9 Abs. 2 BauGB

Die innerhalb der Sonstigen Sondergebiete festgesetzten Nutzungen sind nur so lange zulässig, wie die Agri-Photovoltaik-Freiflächenanlage / Freiflächen-Photovoltaik-Anlage betrieben wird. Nach Betriebsende sind diese einschließlich aller Nebeneinrichtungen und Fundamente innerhalb eines Zeitraums von zwei Jahren zurückzubauen. Ein Repowering der Anlage gilt nicht als Betriebsende und bleibt von der Rückbauverpflichtung unberührt. Als Folgenutzung wird eine Landwirtschaftsfläche festgesetzt.

Festsetzungen aufgrund  
landesrechtlicher Vorschriften  
(gem. § 9 Abs. 4 BauGB i.V.m.  
LBauO)

Örtliche Bauvorschriften (§ 9 Abs.  
4 BauGB i.V. mit § 88 LBauO)

Für Bebauungspläne können gem. § 9 Abs.  
4 BauGB i.V.m. § 88 der Landesbauordnung  
Rheinland-Pfalz gestalterische Festsetzun-  
gen getroffen werden.

Die Einzäunung der Photovoltaik-Anla-  
ge dient dem Schutz vor Sachbeschädi-  
gung und Diebstahl. Die Bauvorschrift ist  
so ausgestaltet, dass die Einzäunung nach  
Möglichkeit keine Barriere für Klein- und  
Mittelsäuger darstellt.



# Auswirkungen des Bebauungsplanes, Abwägung

## Abwägung der öffentlichen und privaten Belange

Für jede städtebauliche Planung ist das Abwägungsgebot gem. § 1 Abs. 7 BauGB von besonderer Bedeutung. Danach muss die Kommune als Planungsträgerin bei der Aufstellung eines Bebauungsplanes die öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander gerecht abwägen. Die Abwägung ist die eigentliche Planungsentscheidung. Hier setzt die Kommune ihr städtebauliches Konzept um und entscheidet sich für die Berücksichtigung bestimmter Interessen und die Zurückstellung der dieser Lösung entgegenstehenden Belange.

Die Durchführung der Abwägung impliziert eine mehrstufige Vorgehensweise, die aus folgenden vier Arbeitsschritten besteht:

- Sammlung des Abwägungsmaterials
- Gewichtung der Belange
- Ausgleich der betroffenen Belange
- Abwägungsergebnis

## Auswirkungen der Planung auf die städtebauliche Ordnung und Entwicklung sowie die natürlichen Lebensgrundlagen

Hinsichtlich der städtebaulichen Ordnung und Entwicklung bzw. der natürlichen Lebensgrundlagen (im Sinne des § 1 Abs. 6 BauGB) sind insbesondere folgende mögliche Auswirkungen beachtet und in den Bebauungsplan eingestellt:

Grundsätzlich ist hierbei zu beachten, dass in § 2 Satz 1 des EEG 2023 der Errichtung von Anlagen zur Produktion erneuerbarer Energien, wie folgt Vorrang eingeräumt wird:

„Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden.“

## Auswirkungen auf die Belange der Raumordnung und Landesplanung

Aufgrund der Lage des Plangebietes innerhalb eines Vorranggebietes Landwirtschaft wurde ein Zielabweichungsverfahren von der Oberen Landesplanungsbehörde durchgeführt.

Mit Zielabweichungsbescheid vom 16.01.2025 (Az.: 1491 134 05/41) hat die Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord festgestellt, dass für die Planung und Errichtung eines Solarparks „Auf'm Mühlenberg“ die Abweichung von Ziel 83 des RROP RN 214 antragsgemäß zugelassen wird und die Grundzüge des regionalen Raumordnungsplans nicht berührt sind. Eine von dem Vorhaben ausgehende, raumbedeutsame Beeinträchtigung des großräumig ausgewiesenen Vorranggebietes für die Landwirtschaft ist nicht anzunehmen. Mit der gegenständlichen Planung wird die betroffene Zielausweisung in ihrem Wesensgehalt nicht grundsätzlich berührt. Nach Z 83 RROP RN 2014 sind in Vorranggebieten für die Landwirtschaft nur Maßnahmen und Vorhaben zulässig, die auf Dauer mit der landwirtschaftlichen Nutzung vereinbar sind. Die Fläche wird derzeit als Grünland für die Milchviehhaltung genutzt. Während des Betriebszeitraumes der Anlage steht die Fläche auf Grund der überwiegenden Nutzung als Agri-PVA weiterhin einer extensiven landwirtschaftlichen Nutzung zur Verfügung.

Darüber hinaus sind keine im Regionalen Raumordnungsplan Rheinhesse-Nahe festgelegten Vorranggebiete durch die vorliegende Planung betroffen.

## Auswirkungen auf die allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse und die Sicherheit der Wohn- und Arbeitsbevölkerung

Dieser Planungsgrundsatz präzisiert die wesentlichen Grundbereiche menschlichen Daseins. Er enthält die aus den allgemeinen Planungsgrundsätzen entwickelte Forderung für Bauleitpläne, dass die Bevölkerung bei der Wahrung der Grundbedürfnisse gesunde und sichere Wohn- und Arbeitsbedingungen vorfindet.

Das bedeutet, dass das Wohn- und Arbeitsfeld so entwickelt werden soll, dass Beeinträchtigungen vom Planungsgebiet auf die Umgebung und von der Umgebung auf das Planungsgebiet vermieden werden. Dies kann erreicht werden, indem unvereinbare Nutzungen voneinander getrennt werden.

Aufgrund der Größe könnten von der geplanten Agri-Photovoltaik-Freiflächenanlage / Freiflächen-Photovoltaik-Anlage visuelle Beeinträchtigungen mit Störungen der direkten Wohnumfeldqualität ausgehen.

Eine kritische Immissionssituation gem. den „Hinweisen zur Messung, Beurteilung und Minderung von Lichtimmissionen“ der Bund/Länderarbeitsgemeinschaft für Immissionsschutz besteht, wenn der Immissionsort weniger als 100 m in westlicher oder östlicher Lage entfernt ist.

Bei der dichtesten Wohnnutzung handelt es sich um das Wohngebäude des unmittelbar westlich angrenzenden Bauernhofes, welches jedoch durch eine Gehölzriegel von der geplanten Agri-Photovoltaik-Freiflächenanlage / Freiflächen-Photovoltaik-Anlage getrennt ist. Alle anderen Wohnnutzungen (Ortslage Sien) liegen in deutlich größeren Entfernungen. Aufgrund der großflächig umgebenden, sichtverschattenden Gehölzbestände wird die Fläche mit Sichtbezügen deutlich eingeschränkt. Wenn überhaupt wird von den Wohngebieten aus nur ein sehr eingeschränkter Sichtbezug bestehen.

Grundsätzlich sind Agri-Photovoltaik-Freiflächenanlagen / Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen emissionsarm und verursachen betriebsbedingt kaum Lärmbelastungen. Die baubedingten Lärmemissionen werden aufgrund der Bauart von Agri-Photovoltaik-Freiflächenanlagen / Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen zeitlich sehr begrenzt sein, so dass diese ohne größere Relevanz sind.

Ebenso wenig geht von Agri-Photovoltaik-Freiflächenanlagen / Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen ein Unfall- oder Katastrophenrisiko aus, da solche Anlagen keine gefährdenden Stoffe beinhalten. Hinsichtlich des Brandschutzes sind entsprechende Schutzkonzepte zu entwickeln. Davon unabhängig sind aufgrund der großen Entfernung zu den nächsten Siedlungen bei Brän-

den keine Auswirkungen auf den Menschen zu erwarten.

Die geplante Ausrichtung und Bauart der Solarmodule muss sicher stellen, dass Verkehrsteilnehmer auf der L 270 in keiner der beiden Fahrtrichtungen von Reflexionen betroffen sein werden, so dass keine störenden Blendwirkungen bestehen.

Grundsätzlich können durch das Ausbringen einer Antirefektionsschicht auf die Solarzellen und die Verwendung spezieller Frontgläser die durch die PV-Module entstehenden Lichtreflexionen jedoch auf ein unerhebliches Maß reduziert werden, so dass diesbezüglich nicht mit einem unüberwindbaren Konfliktpotenzial zu rechnen ist.

Insgesamt sind keine erheblichen negativen Umweltauswirkungen auf den Menschen zu erwarten. Im Gegenteil wird durch den Betrieb des Solarparks elektrische Energie ohne die Freisetzung von Kohlendioxid erzeugt, was sich positiv auf die menschliche Gesundheit auswirkt.

Die Aufstellung des Bebauungsplanes kommt somit der Forderung, dass die Bevölkerung bei der Wahrung der Grundbedürfnisse gesunde und sichere Wohn- und Arbeitsbedingungen vorfindet, im vollem Umfang nach.

### **Auswirkungen auf die Erholungsfunktion**

Die natur- bzw. landschaftsgebundene Erholung kann durch Agri-Photovoltaik-Freiflächenanlagen / Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen als technische und eingezäunte Anlage verändert werden. Dies kann entweder infolge einer Verringerung von Flächen mit landschaftsbezogener Erholungsnutzung ausgelöst werden oder durch eine erhebliche negative Veränderung der Erholungsseignung und -qualität benachbarter Erholungsflächen.

Aufgrund der strukturellen Ausprägung als schwerpunktmäßig weideländlich genutztes Offenland ohne besondere Erlebnisqualität hat das Plangebiet für die Erholungsnutzung nur eine geringe Bedeutung.

Um speziell ausgewiesene und entsprechend ausgestattete Wanderwege oder landschaftsbezogene Erholungsgebiete mit erholungsspezifischen Infrastrukturen wie Wanderhütten, Einkehrmöglichkeiten, touristische Aussichtspunkten, speziellen Ausflugszielen, etc. handelt es sich bei

dem im Einwirkungsbereich des geplanten Solarparks liegenden Flächen nicht.

Insgesamt ist die Bedeutung des betroffenen Gebietes für die Erholung gering. Ein erhöhtes Konfliktpotenzial bezüglich der Erholungsnutzung besteht nicht.

### **Auswirkungen auf die Erhaltung, Gestaltung und Erneuerung des Orts- und Landschaftsbildes**

Das Plangebiet und dessen Umgebung übernehmen weder eine besondere Funktion für das Landschaftsbild noch für die landschaftsbezogene Erlebnisqualität und Erholungsfunktion.

Ebenso wenig handelt es sich um einen visuell stark exponierten, weit einsehbaren oder einen siedlungsnahen Standort mit direkten Beeinträchtigungen der Wohnumfeldqualität. Der technisch geprägte zukünftige Solarpark ist zwar mit negativen Landschaftswirkungen verbunden, die Wahrnehmbarkeit beschränkt sich jedoch auf einen nicht erheblichen Bereich. Die landschaftliche Eigenart des Gesamtgebietes wird im Vergleich mit der derzeitigen Situation nicht nennenswert, insbesondere nicht signifikant verändert. Negative Folgen für das Landschaftsbild und die damit verbundene landschaftsbezogene Erholung gehen von dem Solarparkvorhaben nicht aus.

„Der Planungsraum ist aufgrund seiner Lage innerhalb eines kleinen Tälchens nicht über größere Distanzen einsehbar. Die Ortslage von Sien befindet sich hinter der B 270 mit durchgehendem Hochgrünstreifen und einem Geländerücken, so dass schon aus topografischen Gründen kaum Sichtachsen bestehen. Von der oberen Begrenzung des geplanten Solarparks bestehen lediglich zu einzelnen höhergelegenen Gebäuden der Sickingen Straße Sichtverbindungen.“

(Quelle: Umweltbericht zum Bebauungsplan „Auf'm Mühlenberg“ (Teil 2) in der Ortsgemeinde Sien; ARK Umweltplanung und -consulting, Piesbacher Str. 40, 66701 Beckingen; Stand: 03.03.2026)

Nach Aufgabe der Nutzung der PV-Anlage wird diese zudem vollständig zurückgebaut

### **Auswirkungen auf umweltschützende Belange**

„Der zweite Bauabschnitt umfasst die nördliche Talseite des Mühlenbaches bis zu den Aussiedlerhöfen sowie die gesamte Talflanke oberhalb bis auf einen kleinen östlichen Abschnitt außerhalb des Vorranggebie-

tes. Schutzgebiete n. nach WHG/LWG oder BNatSchG sind nicht tangiert.

Die Fläche ist Teil eines segmentierten Standweidekomplexes nördlich des Mühlenbaches und umfasst auch den vollständig verrohrten Quellabschnitt des Mühlenbaches und einen daran anschließenden, ca. 130 m langen und stark tiefenerodierten Grabenabschnitt. Das Umfeld des verrohrten Quellbereiches wird nicht oder nur selten beweidet, ist jedoch durch Aufdüngung und Graseinsaat floristisch stark verarmt.

Keiner der unterschiedenen Abschnitte erfüllt die floristischen Voraussetzungen zur Einstufung als magere Flachlandmähwiese (FFH-LRT 6510), vielmehr dominieren die typischen Weidezeiger (u.a. *Lolium perenne*, *Bromus hordeaceus*, *Cynosurus cristatus*, *Hypochaeris radicata*, lokal auch *Cirsium arvense*, *Rumex obtusifolius* und *R. crispus*). Die besonders stark betretenen Bereiche um die Versorgungsbereiche sind praktisch vegetationsfrei.

Der zweite Planungsabschnitt ist bis auf Einzelgebüsche am Mühlenbach sowie eine solitäre Traubeneiche (BHD 80 cm) und einen alten Apfelbaum (BHD 70 cm) entlang der Trennzäune gehölzfrei. Der Apfelbaum besitzt hohe Totastanteile sowie eine Hauptasthöhle. Eine endoskopische Prüfung ergab keine Hinweise auf eine aktuelle oder frühere Quartiernutzung durch Fledermäuse oder als Höhlenbrüter-Brutplatz.

Aufgrund der früher praktizierten Düngung mit Festmist ist die gesamte Fläche zusätzlich trophisch vorbelastet.

Durch die zukünftig geplante Mahd (oder extensive Beweidung) der bisher überwiegend stark frequentierten Weide und der Ausgrenzung eines beiderseits 10m breiten Gewässerrandes mit Entwicklung eines krautigen Gewässersaumes darf der Eingriff i.S.d. Eingriffsregelung trotz der (geringen) Versiegelung durch die Rammständer, Traggebäude und der Teilversiegelung durch den geplanten Erschließungsweg bilanziell als vollständig ausgeglichen gelten.

Im Bereich des zweiten Planungsabschnittes konnten im Zuge der faunistischen Erhebungen auf der Fläche bzw. unmittelbar daneben im Bereich des Mühlenbaches lediglich ein Brutpaar der Bachstelze erfasst werden. Die nischenbrütende Art wird eher als Profiteur von PV-Freiflächenanlagen bezeichnet. Es darf daher davon ausgegangen werden, dass die Realisierung des zweiten Planungsabschnittes des Solarparks keine

erhebliche negative Wirkung auf die Brut der Bachstelze ausüben wird. Auch im Rahmen der wiederholten Erhebungen 2024 und 2025 konnte auf der Fläche insbesondere erneut kein Brutnachweis der Feldlerche erbracht werden. Sie brütet wie 2022 stets auf den Ackerflächen nördlich des Planbereiches.

Insgesamt wurden im Umfeld auch bei der ergänzenden Untersuchungen 2024-2025 insgesamt 42 Vogelarten registriert, die die Fläche ausschließlich als Nahrungsraum nutzen. Fokusart war hierbei der Rot- und Schwarzmilan, die wechselweise in den Jahren 2022 und 2023 im benachbarten Waldbestand brüteten. Bei insgesamt 8 der insgesamt 10 zusätzlichen Begehungen 2024 und 2025 war der Rotmilan bei Jagdflügen über dem Plangebiet präsent. Der Schwarzmilan wurde insgesamt nur einmal gesichtet. Die Horste im angrenzenden Waldbestand waren 2024 und 2025 allerdings nicht mehr besetzt, zumindest ein (Wechsel)-Horst zeigt deutliche Erosionsspuren. Die Erhebungen aus 2025 deuten nunmehr auf einen besetzten Horst im Waldbestand ca. 400m nördlich der Planungsfläche hin. Die in der Bettelflugphase intensiv genutzten Nahbereiche um den Horst sind daher nicht betroffen. Im Unterschied zu der klassisch aufgeständerten Modulstischen des 1. Planungsabschnittes ist bei Agri-PV-Anlagen eine wirtschaftliche Nutzung des Unterstandes vorgegeben. Zumindest bei Kategorie II-Anlagen mit größeren Modulstisch-Abständen ist auch eine Jagdraumnutzung für Gleitflugjäger weiterhin möglich. Für einen 2 ha großen Teilbereich der Anlage (SOAgri-PV1) wird ein Mindestreihenabstand von 6 m pauschal festgesetzt, bei den übrigen Sondergebieten für Agri-PV-Anlagen besteht dahingehend bei Kategorie II-Anlagen durch die Variabilität der Modulstichhöhen ein gewisser Spielraum. Kumulativ ist auch für den 2. Bauabschnitt daher ein für den Bruterfolg relevanter Verlust an Nahrungsflächen nicht herleitbar.

Die Planungsfläche hat keine Bedeutung als Rastgebiet für Zugvögel.

Auch für die lokale Fledermausfauna kann angenommen werden, dass sich die Planungsfläche selbst nicht in besonderem Maße als Jagdgebiet eignet. Mit einer höheren Aktivität ist in den randlichen Baumreihen, Hecken oder Waldrändern zu erwarten. Quartiere sind nicht betroffen, eine nach oben offene Stammhöhle enthielt keine Spuren einer aktuellen oder früheren Quartiernutzung. Alle randlichen Gehölze sind

von der Belegungsfläche ausgenommen und bleiben als Leitstrukturen erhalten.

Mit einem Vorkommen weiterer planungsrelevanter Arten ist aufgrund der bekannten Verbreitung oder der Habitatbedingungen am Standort nicht zu rechnen. Die in den Saumbereichen entlang des Geltungsbereiches mögliche Zauneidechse konnte auch im Rahmen von insgesamt 10 weiteren Begehungen von 2024 bis 2025 nicht nachgewiesen werden.

Unter den weiteren abiotischen Schutzgütern Boden, Wasser, Luft, Klima und Landschaftsbild lässt sich keine besondere qualitätsbezogene Disposition oder erhebliche Wirkung durch das Planungsvorhaben ableiten. Insbesondere ist aufgrund der praktisch fehlenden Sichtverbindungen zu Siedlungsbereichen eine erhebliche Wirkung auf das Landschaftsbild auszuschließen. Der Verlust an Bodenfunktion durch die geringe Versiegelung dürfte aus pedologischer Sicht durch die Aufgabe der Beweidung und der damit verbundenen punktuell starken Trittbelastung kompensiert werden.“

(Quelle: Umweltbericht zum Bebauungsplan „Auf'm Mühlenberg“ (Teil 2) in der Ortsgemeinde Sien; ARK Umweltplanung und -consulting, Piesbacher Str. 40, 66701 Beckingen; Stand: 03.03.2026)

### **Auswirkungen auf die Belange des Bodenschutzes**

Geologische Veränderungen gehen von einer PV-Freiflächenanlage nicht aus. Erhebliche Beeinträchtigungen können daher ausgeschlossen werden.

Im Zuge des Vorhabens kommt es - auf die Gesamtfläche bezogen - faktisch nur zu einer geringfügigen Versiegelung des Bodens. Die Versiegelungen beschränken sich auf die Verankerungen für die Modulhalterungen (Fundamente oder Ramppfosten) sowie ggf. den Bau von Betriebsgebäuden (z.B. Trafogebäude, Speicher und Zentralwechselrichter) und Erschließungsanlagen (z.B. Wege, Bedarfsparkplätze,...), d.h. treten lediglich punktuell auf. Auf dem weitest großen Teil des Plangebietes bleiben sämtliche Bodenfunktionen erhalten. Aufgrund der Vielzahl an vorhandenen Feldwirtschaftswegen sowohl innerhalb des Plangebietes als auch im direkten Umfeld sind keine zusätzlichen externen Erschließungsmaßnahmen notwendig. Im Allgemeinen wird das Schutzgut Boden bei PV-Freiflächenanlagen nur geringfügig beeinträchtigt. Zudem handelt es sich um eine lediglich temporäre Bodeninanspruchnahme, da nach der Aufgabe der photovoltaischen

Nutzung ein kompletter Rückbau der Versiegelungen erfolgen wird.

Die Beeinträchtigungen des Bodens sind insgesamt als von geringer Wirkintensität und als ökologisch unerheblich zu bewerten.

Ein spürbar positiver Effekt entsteht demgegenüber durch die zukünftige Extensivierung der landwirtschaftlichen Nutzung, da der Wegfall des Nährstoff- und Pflanzenschutzmitteleintrags sowie bei den betroffenen Ackerflächen zusätzlich die langjährige Bodenruhe dem Boden die Möglichkeit zur Regeneration schafft.

### **Auswirkungen auf die Belange des Hochwasserschutzes und des Schutzgutes Wasser**

Dem Gebiet kommt eine lediglich allgemeine Bedeutung bezüglich des Grundwassers zu. Die geringfügige Verringerung der für die Infiltration von Regenwasser vorhandenen Fläche infolge der kleinflächigen Versiegelungen ist weder für den Oberflächenabfluss noch die Grundwasserneubildung von Bedeutung. Da das anfallende Regenwasser über die schräg stehenden Module abläuft und vor Ort vollständig und ungehindert im Boden versickert, der Boden weitgehend unverändert erhalten bleibt und daher dessen Versickerungsfähigkeit nicht verändert wird, wird die Grundwasserneubildungsrate trotz punktueller Versiegelungen und der Überdeckung mit Modulen im Vergleich zur Ausgangssituation gleich bleiben. Eine Reduzierung der Grundwasserneubildung und damit eine quantitative Veränderung des Grundwassers sind demzufolge nicht zu erwarten. Zu größeren Tiefbaumaßnahmen, die eine Grundwasserabsenkung verursachen könnten, oder zu Gründungen in einem Bereich mit hoch anstehendem Grundwasser wird es nicht kommen. Dadurch verursachte Beeinträchtigungen sind daher ebenfalls nicht zu befürchten.

Mit relevanten Auswirkungen auf die Belange des Hochwasserschutzes und des Schutzgutes Wasser ist insgesamt nicht zu rechnen.

### **Auswirkungen auf die Belange der Land- und Forstwirtschaft**

Bei den Flächen, die für die Errichtung der Agri-Photovoltaik-Freiflächenanlage / Freiflächen-Photovoltaik-Anlage vorgesehen ist, handelt es sich ausschließlich um landwirtschaftliche Nutzflächen.



Der von der Planung betroffene Eigentümer und gleichzeitige Bewirtschafter stellt seine Flächen im eigenen Interesse für die Errichtung der Agri-Photovoltaik-Freiflächenanlage / Freiflächen-Photovoltaik-Anlage zur Verfügung.

Solarparks leisten einen Beitrag zur Erreichung der Energiewende im Sinne einer dezentralen Produktion erneuerbarer Energien und dient somit dem Allgemeinwohl.

Eine landwirtschaftliche Nutzung der Flächen ist trotz der Umsetzung des Planvorhabens weiterhin möglich (Einhaltung DIN SPEC im Teilbereich der Agri-Photovoltaik-Freiflächenanlage). Mit dem Eigentümer und Bewirtschafter wird ein praktikables, landwirtschaftliches Nutzungskonzept abgestimmt.

Das Plangebiet soll nach Realisierung der Agri-Photovoltaik-Freiflächenanlage / Freiflächen-Photovoltaik-Anlage weiterhin landwirtschaftlich genutzt werden. Darüber hinaus wurde eine Rückbauverpflichtung und Folgenutzung „Landwirtschaft“ per Festsetzung in den Bebauungsplan aufgenommen. Somit ist gewährleistet, dass die überplanten Flächen nach Beendigung der PV-Nutzung wieder für die Landwirtschaft zur Verfügung stehen können.

Zudem wird in § 2 Satz 1 des EEG 2023 der Errichtung von Anlagen zur Produktion erneuerbarer Energien, wie folgt Vorrang eingeräumt:

„Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden.“

Aus den genannten Gründen und aufgrund der besonderen Bedeutung der Nutzung regenerativer Energien ist die Inanspruchnahme dieser landwirtschaftlichen Nutzflächen vertretbar.

Aufgrund der Lage des Plangebietes innerhalb eines Vorranggebietes Landwirtschaft wurde ein Zielabweichungsverfahren von der Oberen Landesplanungsbehörde durch-

geführt und mit Schreiben vom 16.01.2025 positiv beschieden.

Die Belange der Forstwirtschaft sind durch die Planung nicht direkt betroffen.

### **Auswirkungen auf die Belange der Versorgung, insbesondere mit Energie**

Es sind keine negativen Auswirkungen auf die Belange der Versorgung bekannt. Die in der Agri-Photovoltaik-Freiflächenanlage / Freiflächen-Photovoltaik-Anlage gewonnene Energie wird in das örtliche Stromnetz eingespeist. Ein Wasseranschluss ist nicht erforderlich und entsprechend nicht vorhanden.

### **Auswirkungen auf die Belange des Verkehrs**

Die Erschließung des Plangebietes ist über einen von der B 270 abzweigenden Feldwirtschaftsweg gewährleistet, der von Westen an die Fläche herangeführt.

Ein erhöhtes Park- oder Verkehrsaufkommen kann ausgeschlossen werden, da durch die Art der Nutzung kein Kunden-, Liefer- oder Publikumsverkehr entsteht. Das kaum als solches zu bezeichnende „Verkehrsaufkommen“ beschränkt sich auf einzelne wenige Fahrten pro Jahr zur Kontrolle bzw. Instandhaltung der Agri-Photovoltaik-Freiflächenanlage / Freiflächen-Photovoltaik-Anlage.

Die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf der B 270 dürfen durch die Agri-Photovoltaik-Freiflächenanlage / Freiflächen-Photovoltaik-Anlage nicht negativ beeinträchtigt werden. Die geplante Ausrichtung und Bauart der Solarmodule muss sicher stellen, dass Verkehrsteilnehmer auf der B 270 in keiner der beiden Fahrtrichtungen von Reflexionen betroffen sein werden, so dass keine Blendrisiken bestehen.

Negative Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit durch die Agri-Photovoltaik-Freiflächenanlage / Freiflächen-Photovoltaik-Anlage sind somit nicht zu erwarten.

### **Auswirkungen auf die Belange des Klimas**

Im Zuge der Realisierung der geplanten Freiflächen-Photovoltaik-Anlage können durch die Überbauung mit PV-Modulen lokalklimatische Veränderungen auftreten, da zum einen tagsüber unter den Modulreihen durch die Überdeckungs- und Be-

schattungseffekte niedrigere Temperaturen auftreten und zum anderen in den Nachtstunden infolge der Verhinderung der Abstrahlung durch die überdeckenden Modultischen eine verminderte Kaltluftproduktion erfolgt.

Der Einwirkungsbereich ist auf den unmittelbaren Eingriffsbereich beschränkt. Die Wirkintensität ist aufgrund der betroffenen Flächengröße als gering zu bezeichnen. Großräumige klimarelevante Auswirkungen sind nicht zu erwarten.

Beeinträchtigungen durch entstehende Belastungen der Luft (Kfz-Verkehr zu Instandhaltungszwecken) können aufgrund des sehr geringen Ausmaßes als vernachlässigbar eingestuft werden. Entsprechend kann eine erhebliche Verschlechterung der lufthygienischen Situation ausgeschlossen werden.

Bei dem Vorhaben handelt es sich um ein Projekt zur regenerativen Energiegewinnung. Der Ausbau der Nutzung solarer Strahlungsenergie entspricht dem bundespolitischen Ziel zur Gestaltung des Klimawandels durch Verringerung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes in Prozessen der Energieerzeugung.

### **Auswirkungen auf die Belange des Denkmalschutzes**

In der Fundstellenkartierung der Direktion Landesarchäologie sind im südlich gelegenen Umfeld des Geltungsbereiches mehrere Fundstellen verzeichnet. Bei den Fundstellen Sien 9 und 11 (GDKE interne Bezeichnung) wurden römische Siedlungs- und Grabbefunde festgestellt. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich die Fundstellen bis in den Geltungsbereich erstrecken. Die Landesarchäologie Trier ordnet die Geltungsfläche deshalb als archäologische Verdachtsfläche ein. Um zu prüfen, in welchem Umfang von der Planung bodendenkmalpflegerische Belange betroffen sind, ist das Plangebiet im Rahmen einer archäologischen Sachverhaltsermittlung durch geophysikalische Prospektionen (Magnetik) nach archäologischen Vorgaben zu untersuchen. In Freiflächen (Wiesen, Ackergelände) sind die magnetischen Prospektionen vor jeglichen Bodeneingriffen vorzunehmen. In den Ergebnissen dieser zerstörungsfreien Magnetometer-Messungen zeichnen sich archäologische Befunde in der Regel deutlich ab. Ggf. müssen die Messbilder noch durch archäologische Sondageschnitte evaluiert werden. Dies ist in den Bauzeitenplänen zu berücksichtigen.

Für den Geltungsbereich wurde eine bedingte Zulässigkeit in den Bebauungsplan aufgenommen, wonach eine Bebauung erst nach Abschluss der bodendenkmaltflegerischen Sachverhaltsermittlungen und Freigabe durch die GDKE - Landesarchäologie Trier zulässig ist.

Die Belange des Denkmalschutzes werden durch die Aufnahme einer bedingten Zulässigkeit berücksichtigt.

#### Auswirkungen auf private Belange

Negative Auswirkungen der Planung auf private Belange sind nicht zu erwarten.

#### Auswirkungen auf alle sonstigen Belange

Alle sonstigen bei der Aufstellung von Bauleitplänen laut § 1 Abs. 6 BauGB zu berücksichtigenden Belange werden nach jetzigem Kenntnisstand durch die Planung nicht berührt.

### Gewichtung des Abwägungsmaterials

Gemäß dem im Baugesetzbuch verankerten Abwägungsgebot (§ 1 Abs. 7 BauGB) wurden die bei der Abwägung zu berücksichtigenden öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander gerecht abgewogen und entsprechend ihrer Bedeutung in den vorliegenden Bebauungsplan eingestellt.

#### Argumente für die Verabschiedung des Bebauungsplanes

- Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Gewinnung von regenerativer Energie
- Keine negativen Auswirkungen auf die Erholungsfunktion
- Keine erheblichen Auswirkungen auf die Belange des Orts- und Landschaftsbildes
- Keine erheblichen, nicht ausgleichbaren Auswirkungen auf die Belange des Umweltschutzes; bei Beachtung der festgesetzten Vermeidungs- und Kompensationsmaßnahmen
- Keine negativen Auswirkungen auf die Belange des Bodenschutzes
- Keine negativen Auswirkungen auf die Belange des Hochwasserschutzes und des Schutzgutes Wasser

- Keine erheblichen negativen Auswirkungen auf die Belange der Landwirtschaft (Ergebnis des Zielabweichungsverfahrens); Gewährleistung der landwirtschaftlichen Weiterbewirtschaftung durch Installation der Agri-Photovoltaikanlage
- Keine negativen Auswirkungen auf die Belange der Forstwirtschaft
- Geringer Erschließungsaufwand: lediglich interne Erschließung und Anschluss an Stromnetz erforderlich
- Keine negativen Auswirkungen auf die Belange des Verkehrs
- Keine negativen Auswirkungen auf die Ver- und Entsorgung
- Keine Beeinträchtigung privater Belange

#### Argumente gegen die Verabschiedung des Bebauungsplanes

Zwar gehen durch die Errichtung der Agri-Photovoltaik-Freiflächenanlage / Freiflächen-Photovoltaik-Anlage Weideflächen temporär verloren; allerdings können die Flächen durch Beweidung weiterhin landwirtschaftlich genutzt werden. Der von der Planung betroffene Eigentümer und gleichzeitige Bewirtschafter stellt seine Flächen zudem im eigenen Interesse für die Errichtung der Agri-Photovoltaik-Freiflächenanlage / Freiflächen-Photovoltaik-Anlage zur Verfügung.

Seitens der Generaldirektion Kulturelles Erbe werden innerhalb des Plangebietes Bodendenkmale vermutet, weshalb das Plangebiet im Rahmen einer archäologischen Sachverhaltsermittlung durch geophysikalische Prospektionen (Magnetik) nach archäologischen Vorgaben zu untersuchen ist.

Die Belange des Denkmalschutzes werden durch die Aufnahme einer bedingten Zulässigkeit berücksichtigt.

Aus Sicht der Ortsgemeinde überwiegen der Klimaschutz und der Ausbau erneuerbarer Energien, welche dem Wohl der Allgemeinheit dienen, als Belange des öffentlichen Interesses. Landwirtschaftliche Betriebe sind nicht existenziell betroffen.

Aufgrund der Lage des Plangebietes innerhalb des Vorranggebietes Landwirtschaft wurde ein Zielabweichungsverfahren von der Oberen Landesplanungsbehörde durch-

geführt und mit Schreiben vom 16.01.2025 positiv beschieden.

Darüber hinaus sind keine Argumente bekannt, die gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes sprechen.

### Gewichtung und Abwägungsfazit

Im Rahmen des Verfahrens zur Aufstellung des Bebauungsplanes wurden die relevanten Belange umfassend gegeneinander abgewogen. Die positiven Argumente, insbesondere dass die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Produktion erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen, überwiegen deutlich. Es gibt keine erheblich negativen Auswirkungen auf das Orts- und Landschaftsbild, gesunde Wohnverhältnisse, umweltschützende Belange, den Verkehr oder die Ver- und Entsorgung. Insgesamt kommt die Abwägung zu dem Ergebnis, dass eine Umsetzung der Planung möglich ist.